



---

### **Mehr Beteiligung der Bevölkerung und besonders der Betroffenen bei Diskussionen i. S. Ølhafeninitiative.**

Der Beirat Walle möge auf der nächsten Sitzung beschließen, dass von den zuständigen Stellen verlangt wird, die Bevölkerung mehr einzubinden.

#### **Begründung:**

Dem Unterzeichner liegen mehrere Beschwerden vor, dass Interessierte und sogar Betroffene von der Teilnahme am runden Tisch ausgeschlossen wurden.

Es gibt, wie so oft, Raum für die Vermutung, dass in Bremen Ordnungswidrigkeiten und Straftaten geduldet werden, wenn nur die „richtige“ Ideologie dahintersteht.

Angefangen hat in Walle alles, als vor ca. 2,5 Jahren die so genannte Ølhafeninitiative ein Grundstück vertragslos zu Wohnzwecken und Hobbytätigkeiten besetzt hat.

Die Beschwerde führenden Personen bezeichneten dieses Verhalten als illegal und als Ungleichbehandlung. Während sich die Schrebergärtner genau an die Regularien halten müssen, machen die Ølhafenleute, was sie wollen. Von Autoreparaturen bis zum Aufbau nicht genehmigter Anlagen wurde mir berichtet, und teilweise mit Bildmaterial belegt.

Seit Ende 2018 wird der Zustand geduldet. Zwischendurch gab es immer wieder ergebnislose Gespräche (runde Tische), die an der Rechtswidrigkeit nichts ändern. Offenbar kommen von der Senatorin Schäfer Anweisungen, damit Polizei und Bauordnung nicht oder nur unzureichend gegen den Rechtsbruch vorgehen. Ich bin mir sicher, dass bei einer gleichartigen Inbesitznahme durch Menschen, welche im Verdacht stehen, eine Nähe zur AfD zu haben, sofort eingeschritten worden wäre.

Nun handelt es sich aber um Leute, welche durch linksradikale Parolen auffallen. Nämlich in Gestalt von großen Werbetafeln und Bannern an der Grundstücksgrenze zum Hagenweg. Mal wird die Polizei beschimpft, dann Herr Seehofer als „Massenmörder“ verunglimpft.

Normalerweise unterliegen Werbeträger über 1 m<sup>2</sup> Fläche dem Baurecht. Ich bin mir sicher, dass es für diese Werbeanlagen am Hagenweg keine reguläre Baugenehmigung gibt. Da die Senatorin, Frau Schäfer, die Ølhafenangelegenheit zur „Chiefsache“ erklärt hat, werden wohl auch die Werbeanlagen bis zu einer „abschließenden“ Legitimierung der Besetzung geduldet.

Erklärtermaßen ist Frau Schäfer auf der Suche nach einem „Kompromiss“

## **Für mich ist das etwa so, als ob man mit einem Bankräuber darüber verhandelt, wieviel dieser vor der Beute behalten darf.**

Normale Bürger müssen erst eine Genehmigung beantragen. Wenn diese nach einem mehr oder weniger langen Prozess bewilligt wird, darf angefangen werden. Wer sich nicht an das Gesetz hält, bekommt sofort einen Baustopp, und der Rückbau nicht genehmigungsfähiger Anlagen wird angeordnet. Bei Nichtbefolgung schreitet das Bauamt mit einer kostenpflichtigen „Ersatzvornahme“ ein.

Die Einstufung des besetzten Geländes als „öffentliche Grünfläche“ soll wohl eine Vergleichbarkeit zu Schrebergartenflächen erschweren. Dabei schrieb mir eine Person aus der Bevölkerung:

***„1979-1986 wohnte ich in einer Waller Feldmark Parzelle und bin Zeitzeuge daß sich auf dem Grundstück auf dem sich jetzt die Besatzer befinden früher eine große Parzelle befand,wo eine alleinstehende Mutter mit mindestens 10 Kindern und vielen Katzen wohnte die ich auch persönlich kannte...“***

Das möge man mir mal erklären. Möglicherweise wurde das Gelände durch die Stadt umgewidmet. Wie dem auch sei, der räumliche Bezug zu den noch existierenden Schrebergärten ist aber offensichtlich. Meiner Meinung nach beschweren sich die Schrebergärtner zu Recht über die Ungleichbehandlung. Mir wurde auch von einer Petition gegen „Ølhafen“, angestoßen durch die Schrebergärtner, berichtet. Auf dem runden Tisch redeten die Ølhafenleute von einem „guten Verhältnis zu den Schrebergärtnern“. Wenn es besagte Petition gibt, sind zumindest nicht alle Schrebergärtner mit der Besetzung einverstanden.

Besonders eklatant wird es, wenn man das Schicksal der Pferdezüchterin, Frau Häfker, betrachtet. Diese Dame zählt auch zu den Menschen, welche sich bei mir beschwert haben. Während den Landbesetzern von höchster Stelle „Puderzucker in den Hintern geblasen wird“, wie mir ein anderer Beschwerdeführer schrieb, ist dieselbe Stelle dabei, die Pferdezüchterin von ihrem Land zu vertreiben und ihrer Existenz zu berauben.

Auch ich finde es nicht in Ordnung, wenn Menschen von der direkten Teilhabe ausgeschlossen werden. Zeitungsberichte, Protokolle oder mein Bericht können kein vollwertiger Ersatz sein. Daher sollte die Bevölkerung zumindest passiv (ohne Rederecht) teilnehmen können. Das würde den Ablauf der Diskussion, wie mir als Gegenargument genannt wurde, in keiner Weise stören. Es sei denn, bestimmte Personen werden nervös, wenn diese von einer unbestimmten Anzahl Menschen beobachtet werden.

Bremen, 22. Juni 2021

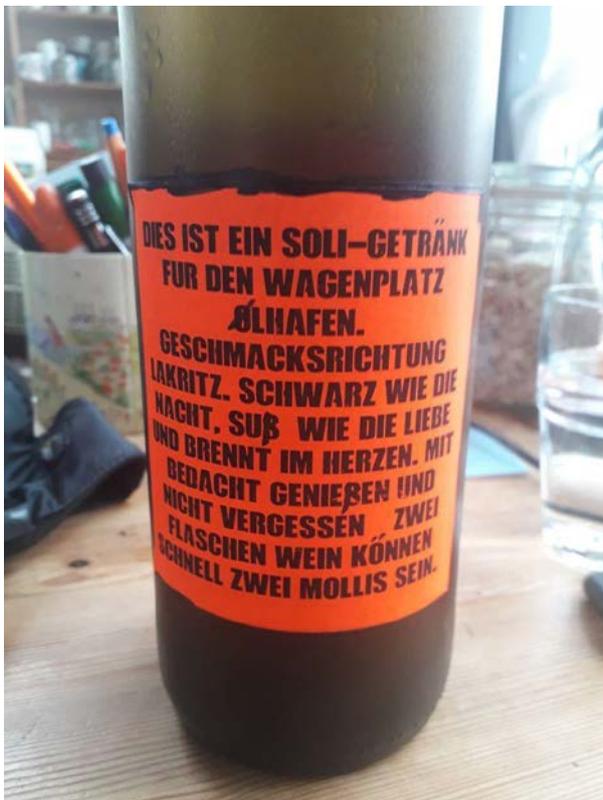
i. A. Gerald Höns

Gerald Höns (AfD-Büro Bremen-Walle, Grenzstraße 110 / [www.afd-walle.de](http://www.afd-walle.de) )

PS: Im Folgenden gibt es noch ein paar relevante Bilder zur Lagebeurteilung:



Solche Großflächen bedürfen einer Baugenehmigung. Nur zu Wahlkampfzeiten dürfen die Parteien vorübergehend Werbeträger dieser Größe aufstellen. Erklären Sie uns das bitte, Frau Schäfer.



Das Bild, hier links, lässt erahnen, was passieren könnte, wenn die Ølhafenleute verärgert sind, weil sie nicht das bekommen, was gefordert wird.

Dass die Vermutung nicht ganz abwegig ist, sieht man an den vielen Besetzungen rauf und runter in diesem Land.

Aktuell wurden in Berlin (Rigaer Straße) Flaschen mit brennbarer Flüssigkeit geworfen.

Falls die Ølhafencrew dieses Bild als Scherz deklarieren sollte, fehlt mir dafür angesichts diverser Brandanschläge jedes Verständnis.